

Die UN-Konvention zur Inklusion in der Schule umsetzen!

Rede von Michael Solf MdL vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen
gehalten am 1. Dezember 2010

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Anrede,

ich bin ein großer Freund des konstruktiven politischen Streits. Aber es gibt auch Themen, über die sollte man nicht streiten. Um ein solches Thema geht es heute.

Hinter dem Etikett „Inklusion“ verbergen sich Fragen, die den Kern unseres Zusammenlebens, das Herz unseres Gemeinwesens berühren. Wer über Inklusion redet, redet auch über Humanität in unserer Gesellschaft. Der Schutz von Menschen mit Behinderungen, ihre Förderung, ist eine der heiligsten Aufgaben, die überhaupt denkbar sind. Und deshalb sollten wir sie dem politischen Streit entziehen. Wir sollten den Weg gehen, den uns unsere ehemalige Kollegin Marietheres Kastner vorgezeichnet hat. Sie hat in den letzten Jahren entscheidend mit dafür gesorgt, dass wir die Inklusion als gemeinsames Anliegen betrachten können.

Worum es geht: Es geht um die Achtung und Durchsetzung eines Menschenrechts und auch um den Umgang mit Heterogenität. Es geht um eine Behindertenpolitik, die sich nicht mehr vornehmlich am Fürsorgeprinzip, sondern am Prinzip der Teilhabe ausrichtet. Es geht um einen entscheidenden Impuls zur Weiterentwicklung nein, nicht nur der sonderpädagogischen Förderung, sondern des Miteinanders der sog. Behinderten mit den sog. Nichtbehinderten in unserer deutschen Gesellschaft. Ich spreche nicht nur von Schule, sondern meine die selbstverständliche Begegnung von Menschen mit und ohne Behinderungen in allen Bereichen des Lebens: in der vorschulischen, schulischen und Hochschulbildung,

in der Ausbildung und bei der Arbeit, bei Wohnen, Freizeit, Sport und Kultur.

Ich sage bewusst: *deutsche* Gesellschaft, denn wir Deutsche taten und tun uns schwer damit, und wir haben ja auch immense historische Schuld auf unseren Schultern. Ich schaue durchaus mit einer Art von Neid auf Länder wie z. B. Dänemark oder die Niederlande, die seit langem schon viel unbefangener eine Normalität des Miteinanders leben.

Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war noch manches vom Ungeist der Nazidiktatur in den Köpfen der Ärzte in den psychiatrischen Kliniken, die zu dieser Zeit noch Irrenanstalten hießen. Die Menschen mit einer geistigen Behinderung waren in der Irrenanstalt – ich kann das Wort kaum in den Mund nehmen – die Oligophrenen, die Idioten, die Schwachsinnigen. Erst 1952 wurde ein Holländer, Tom Mutters, von der UN als Kommissar eingesetzt, um sich um die Versorgung dieser Oligophrenen zu kümmern. Er gründete – es war 1958 in Marburg – die „Lebenshilfe“, getrieben von der Ratlosigkeit und der Verzweiflung der Eltern behinderter Kinder und oft genug begleitet von unverhohlener Ablehnung in großen Teilen der Bevölkerung. Und es dauerte noch lange bis zur allgemeinen Schulpflicht auch für behinderte Kinder.

Und wenn wir nun heute um die richtigen Antworten für die Zukunft ringen, dann müssen wir vor allem Anderen ehrlich sein. Denn der Umgang mit den Bedürfnissen von behinderten Menschen ist kein Wohlfühlthema. Mit Sprechblasen und Sonntagsreden erreichen wir vielleicht positive Schlagzeilen, aber wir helfen niemandem. Wenn wir über die konkrete Umsetzung von Inklusion in unseren Schulen reden, dann dürfen wir nicht auf die UNO, nicht auf die OECD, nicht auf die Bertelsmann-Stiftung oder auf irgendeine Zeitung schießen. Wir müssen immer im Blick haben, dass es um das Wohl von Menschen geht. Und da müssen wir warmherzig, aber auch sehr ehrlich handeln!

Lassen Sie mich mit einem Blick auf unsere Förderschulen beginnen: Es sind großartige Einrichtungen! Und es macht mich überaus traurig, wenn manche, die meinen, sie seien im Sinne der UN-Konvention unterwegs, auf eben diese Förderschulen einprägen, sie herzlos abqualifizieren. Die Förderschulen wurden geschaffen, weil man glaubte, durch sie eben diesen behinderten Kindern die bestmögliche Förderung angedeihen zu lassen. Sie waren und sind als besondere Schutzbereiche konzipiert, in denen diejenigen, die besonderer Förderung bedürfen, eben diese Förderung bekommen sollen. Die Länder in Europa, die sehr viel weniger als wir hier in Deutschland auf diese speziellen Schulen setzen, gehen nicht besser mit behinderten Menschen um als wir – aber ihnen hat das Schicksal die schreckliche Schuld erspart, die wir Deutsche uns im Zeitalter des Nationalsozialismus aufgeladen haben. Die „Vernichtung des lebensunwerten Lebens“ war das vielleicht fürchterlichste Verbrechen überhaupt. Daraus haben wir hier in Deutschland gelernt. Wir wollten die Behinderten, denen wir so Schreckliches angetan hatten, ganz besonders schützen. Und genau vor diesem Hintergrund ist unser Förderschulwesen entstanden.

Gott sei Dank haben sich die Zeiten geändert. Wir beginnen zu begreifen, dass es dieser ganz besonders geschützten Räume in einer Gesellschaft nicht mehr durchgängig bedarf. In vielen Fällen ist es besser, die Behinderten nicht von der Mehrheit zu trennen. Das, was wir vor nicht allzu langer Zeit noch als einen geschützten Raum verstanden haben, begreifen wir heute eher als ein etwas ohne Not Abgetrenntes. Dieser veränderten Wahrnehmung wollen wir unser Tun anpassen. Entsprechend ist Deutschland der UN-Konvention zur Inklusion beigetreten. Und mag man auch über die unmittelbare individualrechtliche Wirkung von Art. 24 noch streiten, der Rechtsanspruch der Behinderten ist letztlich gesichert. *Unser* Thema ist jetzt „nur“, wie lange der Prozess der Umsetzung dauert, ob wir ihn mit viel Klein-klein aufzuhalten versuchen, oder ob wir den gesellschaftlichen Konsens suchen.

Da, wo die Behinderung eines Menschen nicht als Abgrenzungs- oder Ausschlusskriterium, sondern als eine von vielen menschlichen Erscheinungsformen verstanden wird, da ist Inklusion. Inklusion bedeutet selbstbestimmte Teilhabe, und selbstbestimmt bedeutet auch: Wahlmöglichkeit. Ich zitiere aus dem Antrag: „Eltern können auch weiterhin für ihr Kind eine Förderschule wählen.“ Dieser für viele neue Begriff bezeichnet also weniger eine Weiterentwicklung der Integration als vielmehr eine neue Qualität aufgrund eines veränderten Behinderungsverständnisses. Und diese neue Qualität zielt auf alle Lebensbereiche, nicht nur auf die Schule.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Inklusion ist *erstens* ein *Prozess*, ein mühevoller, im Sozialraum Kommune, sozusagen im Veedel, und sie ist *zweitens* die kontinuierliche Aufforderung zu einem *Mentalitätswechsel*, und zwar sowohl bei den sog. Nichtbehinderten als auch den sog. Behinderten, den Gehandicapten, den Eingeschränkten. Dieser Prozess ist *drittens* nur zu gewinnen, wenn wir *die Menschen mitnehmen*, diese wie jene. Wir dürfen uns nicht irremachen lassen in dieser Diskussion von Extrempositionen, von denjenigen, die auf der einen Seite mit missionarischem Eifer absurde Maximalforderungen stellen (so was gibt vielleicht den Missionaren ein Glücksgefühl, schadet aber dem Anliegen) oder die auf der anderen Seite sich ängstlich am Bestehenden festklammern.

Sehen Sie, gerade bei uns in Deutschland wird in der Sozialpolitik unter der Maxime der Sonderförderung häufig die Existenz gesellschaftlicher Sondergruppen gehegt und gepflegt, anstatt ihre Segregation aufzubrechen und sie wirklich als Individuen zu integrieren. Die auf Behinderung spezialisierten Organisationen haben eine Eigendynamik entwickelt, die allzuoft zu Parallelwelten führt. Oder, um es weniger freundlich zu sagen: Die Regelsysteme wurde durch Separierung entlastet.

Dennoch – und das hat auch etwas mit Fairness und Ehrlichkeit zu tun – darf niemand so tun, als bräuchten wir überhaupt keine Förderschulen mehr. Und auch, wenn wir all das umgesetzt haben werden, was die

UN-Konvention verlangt, werden wir immer noch besondere Schulen für besondere Kinder brauchen. Deshalb müssen wir sehr differenziert mit dem Thema umgehen. Da ist es nicht hilfreich, wenn man uns das eine oder andere südeuropäische Land als Vorbild präsentiert, weil hier nahezu null Prozent der Kinder mit Behinderungen in besonderen Einrichtungen betreut werden. Die Wahrheit hinter diesen Statistiken ist oft bitter. Hier werden Kinder, die es ganz besonders schwer haben, manches Mal eben überhaupt nicht betreut. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen wir in unserem Land nicht!

Die Ehrlichkeit gebietet es auch, deutlich zu sagen, dass der Weg, den wir beschreiten wollen, ein langer Weg ist. Das Ziel, eine möglichst weitgehende gemeinsame Beschulung ist schnell beschrieben – aber es ist nicht schnell erreichbar. Wir brauchen Diagnoseverfahren. Wir brauchen mehr Lehrer, die über die notwendigen Spezialkenntnisse verfügen. Hier herrscht schon heute ein großer Mangel, denn wie wäre es sonst erklärbar, dass das Land nicht in der Lage ist, überall dort integrativen Unterricht zu organisieren, wo ihn die Schulen und die Schulträger gerne hätten? Wir brauchen Fortbildungsprogramme. Wir brauchen ein Umdenken bei all' denjenigen Schulen, die sich bisher noch dem integrativen Unterricht verschlossen haben. Und das sind – wenn man ehrlich ist – mit Ausnahme vieler Haupt- und Gesamtschulen fast alle Schulen der Sekundarstufe I. Die GU-Quote ist im Kindergarten 70%, in der Grundschule 20%, in der Sek I erst ca. 10%. Wir brauchen also eine deutliche Aufstockung der GU-Quote. Und schließlich brauchen wir auch geeignete Schulgebäude. Je nachdem, um welche Form der Behinderung es geht, kann das sehr viel Geld kosten. Von den Kommunen können wir erwarten, dass sie Inklusionspläne aufstellen, die den örtlichen Gegebenheiten Rechnung tragen. Wir brauchen aber klare landesgesetzliche Vorgaben unter strenger Berücksichtigung des Konnexitätsprinzips als verlässlichen Rahmen für die kommunalen Schulentwicklungsplanungen. Kommunale Schulträger dürfen nicht zu Ausfallbürgen einer konnexitätsbedingten Nichtumset-

zung oder qualitativ schlechten Umsetzung der Behindertenkonvention werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf uns warten große Anstrengungen. Wir sollten sie auf uns nehmen, weil die Kinder und Jugendlichen, die mit Behinderungen leben müssen, dies von uns erwarten dürfen. Wir dürfen keine falschen Hoffnungen wecken, keine Versprechen machen, die wir nicht halten können, aber am Ziel müssen wir festhalten. Und vor allem sollten wir nicht streiten! Ich hoffe auf ein einstimmiges Votum.

Ich danke Ihnen!